Herr Gleß führte die Anwesenden kurz in den Themenkomplex des IHK ein. Das Integrierte Handlungskonzept (IHK) „Sankt Augustin-Zentrum“ fuße auf den Ergebnissen des Masterplanes „Urbane Mitte“, der im Juli 2011 vom Rat der Stadt Sankt Augustin beschlossen wurde. Mit der Erstellung des IHK wäre die konkrete Umsetzung der im Masterplan „Urbane Mitte“ aufgezeigten Ziele beabsichtigt. Das Konzept wäre darüber hinaus die Grundvoraussetzung zur Stellung eines Grundförderantrages zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm des Landes NW. Neben den Maßnahmen zur Erneuerung und Attraktivierung des öffentlichen Raumes im Stadtzentrum beinhalte das IHK auch die umfassende Erneuerung der Gemeindebedarfseinrichtungen Jugendzentrum plus, Rhein-Sieg-Gymnasium und Rathaus. Mit dem IHK würde ein neues Zentrum aus einem Guss realisiert. Bislang wären in insgesamt acht Sitzungen des Zentrumsausschusses und zwei Sitzungen des Rates die Planungen zum IHK beraten und mit entwickelt worden.

Herr Kalscheuer stellte mit einer PowerPoint Präsentation die Handlungsfelder, die konkreten Projekte und Maßnahmen, die Kostenschätzungen und die erforderlichen nächsten Schritte zur Umsetzung des IHK dar. (Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt)

Frau Billig erläuterte mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation das konkrete Projekt Jugendzentrum plus incl. der voraussichtlichen Kosten und des Umsetzungszeitraumes. (Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt)

Frau Silber-Bonz sagte, dass sie bei der Entwicklung dieser Planung strukturell sehr eng zusammen gearbeitet hätten.

Herr Schmitz-Porten fragte nach, ob bei den multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten die Vereine auch Berücksichtigung gefunden hätten.

Frau Billig antwortete dazu, dass das Gebäude hauptsächlich für die Jugendarbeit ausgerichtet wäre, aber es gäbe natürlich Räume die durchaus sehr flexibel nutzbar wären.

Frau Clauß sagte, dass sie als Stadt mit dem Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen eine Leistungsvereinbarung über ein bestimmtes Leistungsspektrum hätten, darin wären bestimmte Zeitfenster für alle Räume geblockt. Darüber hinaus würde der Verein die freien Zeitfenster noch für multifunktionale Nutzungen verplanen. Der Verein wäre da sehr kooperativ, aber bestimmte Zeiten wären bei allen Räumen geblockt. Sie wolle vermeiden, dass da jetzt falsche Hoffnungen geweckt würden.

Herr Schmitz-Porten antwortete, dass er davon ausginge, dass die Vereine von Mülldorf auch die Möglichkeit hätten, diesen Multifunktionsraum für Veranstaltungen zu nutzen, denn in Mülldorf gebe es keine anderen Räumlichkeiten für Vereine. Er würde sich sehr freuen, dass der Kinderschutzbund so schöne moderne Räumlichkeiten an einer zentralen Stelle in Mülldorf bekommen würde. Das wäre ein großer Gewinn für die Stadt. Er hoffe, dass die Fördermittel dafür ausreichen würden und deshalb solle in jedem Fall mit diesem Projekt begonnen werden, denn wenn es am Ende eng werden

würde, dann sollte dieses Projekt in jedem Fall realisiert sein.

Der Vorsitzende sagte, dass er sich als Vorsitzender der VHS auch sehr darüber freuen würde, dass die VHS von diesen Räumlichkeiten partizipieren könne.

Frau Silber-Bonz sagte, sie wäre zuversichtlich, dass sie das umsetzen und möglich machen würde, was möglich wäre.

Herr Puffe sagte für die CDU-Fraktion, dass sie dem gesamten Konzept sehr positiv gegenüberstehen würden und auch die hier vorgegebene Priorisierung unterstützen würden.

Herr Schmitz-Porten fragte nach dem genauen weiteren Verfahren und den einzelnen konkreten Beschlüssen.

Herr Gleß erklärte dazu nochmal die Systematik der Förderantragstellung für das IHK. Es würde ein Grundförderantrag über das gesamte Projekt IHK „Sankt Augustin Zentrum“ gestellt, mit allen Projektbestandteilen im öffentlichen Raum und den Gemeindebedarfseinrichtungen. Es wäre ein Gesamtpaket, was durch die politischen Gremien priorisiert würde. Man würde hier über einen Zeitraum von mindestens fünf bis acht Jahren sprechen über die die veranschlagten Gesamtkosten zu verteilen wären. Wichtig wäre, dass die Funktionszusammenhänge der Gesamtstadterneuerung Zentrum gewahrt und umgesetzt würden. Insofern würde es problematisch auf halbem Wege auszusteigen, aber natürlich könne man Projekte im Laufe der Gesamtumsetzung noch mal in der Priorisierung verändern, aber grundsätzlich sollte das beschlossene Gesamtpaket umgesetzt werden. Der Grundförderantrag ginge über LP 2 in der Planung über alles. Die ersten Programmanträge 2016 für die Campus Magistrale und das Jugendzentrum müssten in der LP 3 vorgelegt werden. Die Planungskonkretisierung ginge jahresweise mit den einzelnen Programmanträgen voran. Mit diesem Beschluss würden Sie sich also auf die Campus Magistrale und das Jugendzentrum festlegen. Für die übrigen Teilprojekte könnten und wollten sie noch keine ausschreibungsfähigen Unterlagen präsentieren. Bei der Konkretisierung dieser Planungen würden die Politik und gegebenenfalls auch die Bürger wieder mit eingebunden werden. Festlegen würde die Politik sich mit diesem Beschluss bei dem Jugendzentrum und der Campus Magistrale.

Herr Puffe fragte noch nach, ob bei der Planung der Parkplätze an der Campus Magistrale auch das derzeit in Bearbeitung befindliche Parkraumkonzept berücksichtigt worden wäre.

Herr Knipp sagte, dass eine schriftliche Beantwortung kurz vor der Sitzung, leider etwas zu spät, erfolgt wäre. Die Parkplätze an der Campus Magistrale wären hinsichtlich der Bewirtschaftung mit Parkscheibe im Parkraumkonzept berücksichtigt worden.

Herr Günther informierte, dass er nach der Abstimmung noch ein Statement zum IHK abgeben werden.

Der Vorsitzende ließ dann über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages

getrennt abstimmen:

Der Zentrumsausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin nachfolgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt die vorgestellten Vorentwürfe zu den Gemeinbedarfseinrichtungen Jugendzentrum und Rhein-Sieg-Gymnasium zustimmend zur Kenntnis.

   zur Kenntnis genommen

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt das Integrierte Handlungskonzept „Sankt Augustin-Zentrum“.

   einstimmig

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Integrierten Handlungskonzeptes einen Grundförderantrag für die Aufnahme in das Stadterneuerungsprogramm des Landes NW bei der Bezirksregierung Köln einzureichen und die Vorbereitungen für einen ersten Programmantrag für die Maßnahmen Campus Magistrale und das Jugendzentrum für 2016 zu treffen.

   einstimmig

4. Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Anregungen aus der Betroffenenbeteiligung gemäß § 171 b Abs. 3 BauGB i. v. m. § 137 BauGB sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 171 b Abs. 3 BauGB i.V. m. § 139 BauGB einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung hierzu zur Kenntnis und beschließt die im Rahmen der Erstellung des IHK vorgenommene Abwägung über die öffentlichen und privaten Belange.

   einstimmig

5. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt das Stadtumbaugebiet gemäß § 171 b Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Integrierten Handlungskonzeptes „Sankt Augustin-Zentrum“ sowie den Geltungsbereich zur Festlegung des Stadtumbaugebietes

   einstimmig

Herr Günther sagte, dass seine Fraktion hinter dem IHK stehen würde. Sie hätten die Beschlüsse zuvor einstimmig gefasst, würden sich aber gleichzeitig für die zukünftig anstehenden Planungen vorbehalten, ihre evtl. Änderungswünsche einzubringen. Ihnen würde an dem IHK besonders gefallen, dass andere Nutzungsarten des Wohnens berücksichtigt worden wären, der Radverkehr einen größeren Stellenwert erhalten habe, die energetischen und die klimatechnischen Maßnahmen. Sie wären aber der Meinung, dass es sinnvoller wäre, dass Großspielfeld im Rahmen der Sportstättenförderung zu akquirieren. Die Projektsteuerung und Evaluation des Konzeptes fänden sie gut und

wichtig. Die in 2017 anstehende Marktplatte wäre aus ihrer Sicht ein Teilprojekt für große Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Frank stellte klar, dass die SPD-Fraktion das Gesamtkonzept IHK für gut und richtig befinden würde, aber nicht jede einzelne Maßnahme, die die Planer im Ausschuss vorgeschlagen hätten. Wenn es bei den einzelnen Maßnahmen ins Konkrete ginge, müssten alle Fraktionen noch die Möglichkeit haben abweichende Entscheidungen zu treffen. Konkret möchte er nochmal betonen, dass die SPD-Fraktion den Radverkehr auf der Marktplatte ablehne. In diesem Punkt gebe es keinen einvernehmlichen Beschluss.

Herr Puffe stimmte Herrn Dr. Frank zu, dass seine Fraktion auch dem Radverkehr auf der Marktplatte nicht zustimme. Damit müsse man sich zu gegebener Zeit in der Diskussion auseinandersetzen. Das IHK wäre das Ergebnis der guten Arbeit der letzten Jahre, dafür möchte er sich bei allen Beteiligten auch nochmal bedanken.

Der Vorsitzende hob nochmal hervor, dass es hier um einen Grundsatzbeschluss ginge. Dieser Beschluss zum IHK habe sich aus den vielen Vorplanungen, hier wäre beispielhaft das Stadtentwicklungskonzept und der Masterplan Urbane Mitte zu nennen, entwickelt.

Herr Willnecker sagte, dass bei diesem Projekt für alle klar gewesen wäre, dass sie es auf den Weg bringen wollten. Wenn dann mal der Förderbescheid da wäre, dann müsse man sich über die konkreten Einzelheiten noch unterhalten. Sie würden das IHK vollständig unterstützen.

Herr Schmitz-Porten sagte, dass sie alle die optimale Verkehrssituation auf der Marktplatte und eine belebte Marktplatte erzielen möchten. Er sehe eine Chance darin, dass sie mit dem Rahmenprogramm dieses Konzept auf den Weg gebracht hätten. Die genaue und konkrete Ausgestaltung des einzelnen würden sie noch im Detail beraten. Auch der Radwegeverkehrsplan würde dabei Berücksichtigung finden.

Herr Günther betonte, dass er nur lobend darauf hingewiesen hätten, dass das Stichwort „Radverkehr“ im IHK berücksichtigt würde.

Herr Gleß sagte abschließend, er könne nicht garantieren, dass sie einen Grundförderantrag bewilligt bekämen, aber er wäre sehr zuversichtlich. Er bedankte sich ausdrücklich bei der Politik für die einstimmigen Beschlüsse zum IHK und dem eindeutigen Willen die Stadtentwicklung und das Zentrum vorantreiben zu wollen.